



Gezielte Vertreibung und Kriegsverbrechen

Angriffe auf kurdische Stadtteile in Aleppo

In Syrien herrscht erneut Krieg. Am 6. Januar 2026 haben islamistische Kampfverbände unter der Kontrolle der sog. Syrischen Übergangsregierung damit begonnen, die kurdischen Stadtteile Şêxmeqsûd und Eşrefiyê in Aleppo massiv anzugreifen. Die Angriffe erfolgen mit schweren Waffen und richten sich gezielt gegen Wohngebiete. Die Bilder, die uns aus der Region erreichen, dokumentieren Gräueltaten: Gezielte Hinrichtungen, Raketenangriffe auf Krankenhäuser, Schändung von Leichnamen und Demütigung von Gefangenen.

Unterdessen hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die syrische Übergangsregierung in Damaskus besucht. Sie sprach von „Hoffnung“ und „Wiederaufbau“, während zeitgleich die Menschen in Aleppo Bomben, Hunger und Vertreibung erleben. Dieser Besuch normalisiert Gewalt, statt sie klar zu verurteilen. Er ist politisch verantwortungslos.

Wir verurteilen diese Angriffe als Kriegsverbrechen und gezielte ethnische Vertreibung. Tausende bewaffnete Söldner, darunter auch Kämpfer des sog. „Islamischen Staates“, griffen die Stadtteile über mehrere Tage hinweg an. Dem gegenüber standen lediglich einige Hundert Angehörige der lokalen Sicherheitskräfte. Es handelt sich um einen ungleichen Krieg gegen die Zivilbevölkerung.



Die Folgen sind verheerend. Wohnhäuser und Geschäfte wurden zerstört, zivile Infrastruktur schwer beschädigt. Es kommt zu Strom- und Wasserausfällen sowie massiven Einschränkungen der medizinischen Versorgung. Die humanitäre Lage in den betroffenen Vierteln verschärft sich täglich.

Diese Angriffe sind Teil eines überregional koordinierten Plans und dienen einem klaren Ziel: dem demografischen Umbau Aleppos und der Vertreibung der kurdischen Bevölkerung. Eine Macht, die mit Panzern und schwerer Artillerie gegen die eigene Bevölkerung vorgeht und dabei Kriegsverbrechen begeht, hat jede politische und moralische Legitimität verloren.

Die Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien warnt eindringlich vor weiteren Massakern, Hinrichtungen und schweren Menschenrechtsverletzungen. Ohne internationalen Schutz ist die verbliebene Bevölkerung akut gefährdet.

Deshalb fordern wir gemeinsam:

- Sofortige internationale Untersuchungen zu den begangenen Kriegsverbrechen
- Die Präsenz einer internationalen Schutztruppe in Şêxmeqsûd und Eşrefiyê
- Schutz der Zivilbevölkerung und ein Ende der gezielten Vertreibung
- Eine politische Lösung, die die Rechte der kurdischen Bevölkerung garantiert